



Inhalt

1.	Das Zypernproblem.....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen.....	7
	Außenpolitik	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	12
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	12
	Beziehungen mit der Türkei	12
	Innenpolitische Entwicklungen.....	12
	Außenpolitik	13
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	14

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters finden Sie das Anmeldeformular
hier www.fescyprus.org/de/newsletter/

1. Das Zypernproblem

Am 4. Juni trafen sich Präsident Nicos Anastasiades und der Außenminister der TRNZ¹, Kudret Özersay, zu einem gemeinsamen Abendessen im Süden. Gastgeber war der Vertreter der Maroniten im Parlament, Yiannakis Moussas. Es handelte sich um ein privates Dinner, an dem auch die Ehefrauen von Anastasiades und Özersay teilnahmen. Befürworter einer Lösung der Zypernfrage auf beiden Seiten kritisierten das Treffen. Beiden, Anastasiades und Özersay, wurde kürzlich vorgeworfen, sie flirteten mit einer Zwei-Staaten-Lösung. Im Süden beanstandete AKEL (Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes) in einer Stellungnahme, dass das Treffen hinter dem Rücken des türkisch-zypriotischen Volksgruppenführers Mustafa Akinci stattgefunden habe und die Öffentlichkeit über das Treffen nicht informiert worden sei. Im Norden übte der Sprecher des Präsidenten, Barış Burcu, Kritik an Özersay, nachdem dieser erklärt hatte, Treffen dieser Art seien oft nützlicher als offizielle Gespräche. Die Zusammenkunft war bekannt geworden, nachdem Details und ein Foto den

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire der EU ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Medien zugespielt worden waren und eine wütende Reaktion Akincis auslösten. Er sei über das Treffen nicht informiert worden, man habe ihn ignoriert. „Die Tatsache, dass der Präsident weder vor noch nach dem Abendessen vom Außenminister informiert wurde, ist eine Verletzung bestehender innerstaatlicher Praktiken,“ betonte Akincis Sprecher Barış Burcu.

Am 5. Juni erklärte Ersin Tatar, Premierminister der TRNZ, er werde in Kürze neue Schritte bezüglich des Zypernproblems und der Wirtschaft unternehmen. Er unterstrich die Kluft zwischen ihm und Akinci. Tatar bekräftigte, dass eine föderale Lösung nicht möglich sei, da die griechisch-zypriotische Seite eine solche anders verstehe als die türkischen Zyprioten. Das gemeinsame Ziel mit der Türkei sei es, aus Nordzypern ein „hoch entwickeltes Land“ zu machen.

Am 13. Juni wurden am Grenzübergang Ledra Palace fünf Tatverdächtige ausgetauscht, nach denen im Zusammenhang mit zwei unterschiedlichen Mordfällen auf beiden Seiten gefahndet wurden. Ein Pakistani, der wegen Mordes im Norden gesucht wurde, wurde im Austausch mit vier mordverdächtigen Georgiern der Polizei im Süden übergeben. Der beispiellose Austausch war von der Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UNFICYP) ermöglicht worden. In einem Interview mit der nationalen türkisch-zypriotischen Rundfunk- und Fernsehanstalt BRT begrüßte der türkisch-zypriotische Außenminister Kudret Özersay die Aktion und bezeichnete diese als außerordentlich wichtigen

Fortschritt. Der Tatverdächtigen-Austausch sei Ergebnis der Gespräche mit der griechisch-zypriotischen Seite, die bereits während der vorangegangenen Amtszeit von Nicos Anastasiades begonnen hatten. Der türkisch-zypriotische Präsident Mustafa Akinci bekundete seine Zufriedenheit mit dem Austausch und meinte, auch wenn sich beide Seiten gegenseitig nicht anerkennen würden, so dürfe doch keine Seite einen Zufluchtsort für Kriminelle sein, die nach dem Begehen einer Straftat Unterschlupf suchten. Laut einer anonymen griechisch-zypriotischen Regierungsquelle, auf die sich die englische Tageszeitung Cyprus Mail beruft, besteht gegenseitiges Einvernehmen beider Seiten, dass *„Verbrechen nicht ungestraft bleiben dürfen, auch nicht in einer so außergewöhnlichen Situation“*.

Am 18. Juni kündigte Özersay an, dass die TRNZ in Koordination mit Ankara und einem Expertenteam eine Bestandsaufnahme des beweglichen Vermögens und der Immobilien in Varoscha durchführen werde. Varoscha ist seit der Teilung der Insel 1974 eine abgezaunte Geisterstadt, in der vor ihrer Vertreibung durch die türkische Armee griechischen Zyprioten lebten. Die Geisterstadt wird gegenwärtig von der türkischen Armee kontrolliert. Laut dem türkisch-zypriotischen Premierminister Ersin Tatar ist die Katalogisierung der Liegenschaften der erste Schritt vor einer Öffnung Varoschas. Tatar erklärte, dass die Öffnung von Varoscha ebenso wie die anschließenden Investitionen unter türkisch-zypriotischer Verwaltung erfolgen würden. Er fügte hinzu, eines der wesentlichen Ziele seiner Regierung sei es, bestehende Rechte der türkischen Zyprioten zu schützen, und

gemeinsam mit der Türkei sei man entschlossen, der Ausnutzung des Status quo durch die griechisch-zypriotische Seite (gegen die türkischen Zyprioten) ein Ende zu setzen. Die Äußerungen von Tartar beziehen sich auch auf die Tatsache, dass beträchtliche Teile Varoschas von der religiösen türkisch-zypriotischen EVKAF-Stiftung als Eigentum eingefordert werden. Diese Auffassung wird von der griechisch-zypriotischen Seite bestritten. Diese ist der Meinung, dass alle Ansprüche von EVKAF bezüglich Varoschas zum Ende der britischen Kolonialherrschaft abgegolten worden seien.

Akinci verurteilte den Schritt, bei dem der Präsident der TRNZ erneut übergegangen worden war und bemängelte, dass die Öffnung Varoschas angekündigt worden war, bevor überhaupt eine Bestandsaufnahme stattgefunden habe. Akinci schlug stattdessen die Öffnung Varoschas unter Aufsicht der Vereinten Nationen vor. Im Gegenzug sollte die griechisch-zypriotische Seite der Öffnung des Flughafens Ercan für Direktflüge zustimmen. Der Vorsitzende der DP (Demokratische Partei), Serdar Denktasch, kritisierte die Tatar-Özersay-Regierung wegen der Varoscha-Erklärung scharf. Im Süden bezeichnete der Staatssekretär des Präsidenten, Vasilis Palmas, die Ankündigung als „völlig unakzeptabel“. Sie diene nur der dauerhaften Trennung der Insel. Wie bereits erwähnt war Varoscha im August 1974 von den griechisch-zypriotischen Einwohnern kurz vor dem Eintreffen der türkischen Armee aufgegeben worden. Seitdem ist der Vorort von Famagusta eingezäunt und nicht zugänglich. Die Resolution 550 des UN-Sicherheitsrates forderte die Türkei auf, das

Gebiet unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zurückzugeben: „*Versuche, irgendeinen Teil Varoschas mit Personen zu besiedeln, die nicht die Einwohner sind, sind unzulässig.*“

Am 21. Juni rief Akinci Anastasiades auf, an einem Fünf-Parteien-Treffen (beide Seiten sowie die Garantiemächte Griechenland, Türkei und Großbritannien) teilzunehmen, um die Lösung zu präzisieren, die die griechisch-zypriotische Seite für das Zypernproblem anstrebe. Akinci wiederholte seinen Vorschlag zur Gründung eines bi-kommunalen Komitees für das Gasvorkommen. Es sei noch Zeit, zusätzliche Spannungen zu vermeiden. Man könne die Gasvorkommen als Chance zur Kooperation statt als Quelle für Konfrontation nutzen. „*Das Komitee könnte unter Aufsicht der Vereinten Nationen agieren. Es gibt ähnliche Ausschüsse, die gegenwärtig zu anderen Themen bereits zusammenarbeiten. Die griechisch-zypriotische Seite läuft jedoch vor jedem Dialog zu diesem Thema davon und erkennt nur ihre eigene Regierung und ihre eigene Souveränität an. Jeder, der erwartet, dass wir unsere politischen und wirtschaftlichen Rechte aufgeben, ist naiv*“, betonte Akinci.

Einer Untersuchung der Tageszeitung Politis zufolge überschritten seit Öffnung der Übergänge im April 2003 erstmalig mehr griechische Zyprioten die Grenze in den Norden als türkische Zyprioten die in den Süden. Die Untersuchung basiert auf Statistiken der Polizei. Mit Ausnahme der Grenzübergänge Pergamos und Strovilia, die von Britischen Militärstützpunkten aus kontrolliert werden, betrug die Zahl der Grenzübertritte griechischer Zyprioten im Mai

1,9 Millionen. 1,2 Millionen türkische Zyprioten kamen in den Süden. Im Mai 2019 wurden an den sechs Grenzübergänge der Insel insgesamt 182.843 griechische Zyprioten gezählt. Im Vergleichsmonat des Vorjahres waren es 64.523 gewesen. Die Zahl der türkischen Zyprioten stieg von 87.648 im Mai 2018 auf 103.500 im Mai 2019. Hauptgrund für den gewaltigen Zustrom vom Süden in den Norden war die Abwertung der türkischen Lira. Benzin im Norden ist etwa 40 Cent pro Liter günstiger als im Süden. Tausende griechischer Zyprioten kamen vor allem auf der Suche nach billigerem Kraftstoff und preisgünstigeren Medikamenten und Lebensmitteln in den Norden.

Gülden Plümer Küçük, Mitglied des Komitees für die vermissten Personen in Zypern (CMP), teilte mit, dass das Komitee die Erlaubnis erhalten habe, in 30 Militärzonen der TRNZ an 33 Stellen Grabungen durchzuführen. Es gäbe keine zeitliche Begrenzung. Das Komitee dürfe über Zeitpunkt und Reihenfolge der Grabungen selbst entscheiden.

Der Leiter des Ressorts für „Religiöse Angelegenheiten“, Talip Atalay, hielt einen besonderen Gottesdienst zum Fest des Fastenbrechens (Eid-al-Fitr) in der Hala Sultan Moschee in Larnaca. 600 Pilger türkischen Ursprungs hätten sonst keine andere Möglichkeit gehabt, die Moschee zu besuchen und dort zu beten. „*Dies ist das Ergebnis eines beispiellosen Abkommens zwischen den religiösen Führern Zyperns aus dem Jahr 2014, das im Rahmen des Friedensprozesses der Religionen auf Zypern (RTCYPP) unter der Schirmherrschaft der schwedischen Botschaft geschlossen wurde*“, heißt es

in einer Stellungnahme der RTCYPP. Anna Olsson Vrang, die schwedische Botschafterin sagte bei ihrem Besuch: *„Das gemeinsame Eintreten der religiösen Führer für das Recht auf Religionsausübung und den freien Zugang zu Gebetsstätten als menschliches Grundrecht ist eine starke Basis für Vertrauensbildung in Versöhnung in Zypern. Das wird von meiner Regierung unterstützt.“*

Die slowakische Botschaft auf Zypern organisierte eine Veranstaltungsreihe zum 30-jährigen Jubiläum des Dialogs zwischen türkisch-zypriotischen und griechisch-zypriotischen politischen Parteien. Im Rahmen einer Veranstaltung wurde in der von den Vereinten Nationen kontrollierten Pufferzone eine Konferenz abgehalten. Teilnehmer waren der slowakische Minister für ausländische und europäische Angelegenheiten, Miroslav Lajčák, die Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, Elizabeth Spehar, der Vertreter der Europäischen Kommission für Zypern, Ierotheos Papadopoulos, der frühere türkisch-zypriotische Präsident, Mehmet Ali Talat, der ehemalige griechisch-zypriotische Außenminister, Nicos Rolandis, der griechisch-zypriotische Verhandlungsführer Andreas Mavroyannis, der ehemalige türkisch-zypriotische Verhandlungsführer Özdil Nami und weitere Amtsträger. Moderiert wurde die Konferenz vom türkischen Zyprioten Niyazi Kızılyürek, der kürzlich im Süden in das Europäische Parlament gewählt worden war. Tagesordnungspunkt waren die Auswirkungen des Dialogs zwischen den politischen Parteien auf den Friedensprozess in Zypern und auf vertrauensbildenden Maßnahmen.

Am 14. Juni trafen sich der türkisch-zypriotische Vorsitzende der Partei der gesellschaftlichen Demokratie (TDP), Cemal Özyiğit, und der Generalsekretär der Fortschrittlichen Partei des arbeitenden Volkes (AKEL), Andros Kiprianou, in der Parteizentrale von AKEL und diskutierten die neuesten Entwicklungen.

2. Gasvorkommen

Am 5. Juni unterzeichneten die Republik Zypern und der US-amerikanische Energiekonzern Noble Energy sowie dessen Partner ein überarbeitetes Abkommen zur Aufteilung der Produktion und der kommerziellen Nutzung von Aphrodite, einem Gasfeld, das im Mittelmeer südöstlich der Insel erschlossen wird. Laut Energieminister Giorgos Lakkotrypis ist es ein gutes Abkommen für Zypern. Das Volumen beträgt 9 Milliarden US-Dollar respektive 500 Millionen US-Dollar (443 Millionen Euro) über einen Zeitraum von 18 Jahren, abhängig vom internationalen Ölpreis. Die Erträge basieren auf einem Durchschnittspreis von 70 US-Dollar pro Barrel. Die Verhandlungen begannen im Sommer 2018, nachdem die Unternehmensgruppe ihre Unzufriedenheit bezüglich der vereinbarten Einnahmeverteilung schriftlich mitgeteilt hatte. Die Unternehmen hatten eine vorläufige Vereinbarung zum Verkauf von 4 Billionen Kubikfuß Gas aus dem Aphrodite-Feld an eine Verflüssigungsanlage in Ägypten getroffen. Wegen der niedrigen Öl- und Gaspreise seien die Investitionserträge für das Aphrodite-Konsortium jedoch unbefriedigend gewesen. Man strebe Neuverhandlungen mit der zyprischen Regierung an. Charles Ellinas, ehemaliger Minister für Energie der Republik

Zypern, hatte im Vorfeld eine „Gewinnbeteiligung Zyperns zwischen 50 und 100 Millionen US-Dollar pro Jahr“ errechnet. In einem Artikel der Sunday Mail schrieb Ellinas im Mai, dass die Änderung in der Schlüsselvereinbarung zu einer Neuverteilung der Gewinne führen werde. Bei niedrigem Ölpreis würden die Konzerne mehr Gewinnanteile erhalten, bei einem Anstieg des internationalen Ölpreises erhöhten sich die Anteile Zyperns. Ellinas betonte, dass die negativen Aspekte des Abkommens bei weitem die positiven überwiegen würden.

Der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Hami Aksoy, wies in einer schriftlichen Stellungnahme darauf hin, dass das Abkommen keinen Bezug auf die türkischen Zyprioten nähme und man diesen keinen Anteil an den Umsatzerlösen anbiete. Dies sei ein konkretes Beispiel für die fortdauernde Verletzung der Rechte der türkischen Zyprioten durch die griechisch-zypriotische Seite. Nordzypern stünden die gleichen Rechte auf die Bodenschätze der Insel zu. *„Dies ist sowohl für die Türkei als auch die TRNZ unakzeptabel“*. In ähnlicher Weise äußerte sich das Außenministerium der TRNZ. Die griechisch-zypriotische Regierung weigere sich kontinuierlich, was die Gasvorkommen beträfe, mit den türkischen Zyprioten zusammenzuarbeiten. Die beharrliche Durchführung einseitiger, ungerechter und rechtswidriger Handlungen enthülle die Vision, die die griechisch-zypriotische Regierung für die Zukunft der Insel habe: *„Gleiche Rechte und Interessen der türkischen Zyprioten haben in dieser Vision keinen Platz. Das ist der konkreteste Beweis, dass die griechischen Zyprioten nicht bereit sind,*

den Reichtum der Insel mit den türkischen Zyprioten zu teilen“, heißt es in der Stellungnahme.

In einem Interview mit Anadolu, der staatlichen Nachrichtenagentur der Türkei, schlug der türkisch-zypriotische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am 14. Juni vor, einen Vertrag bezüglich der Erdgasvorkommen zwischen beiden zypriotischen Seiten und der Türkei zu schließen. Dies könne sowohl durch ein privates Unternehmen als auch die Europäische Union geschehen, ohne dass die TRNZ von der Republik Zypern anerkannt werden müsse.

Am 20. Juni entsandte die Türkei das Bohrschiff „Yavuz“ vor die Nord-Ost-Küste Zyperns. Dieses soll für drei Monate Explorationsbohrungen vor der Halbinsel Karpas im Norden der Insel durchführen. Die Türkei, die keine diplomatischen Beziehungen zur Republik Zypern pflegt, beansprucht Teilgebiete aus der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ) für sich mit der Begründung, diese seien Teil der Exklusiven Wirtschaftszone der Türkei oder der der TRNZ. Die Republik Zypern dagegen argumentiert, dass es ihr Hoheitsrecht sei, welche Seegebiete sie als Exklusive Wirtschaftszone definiere. Der Gasstreit war im Mai eskaliert, als die Türkei das Bohrschiff „Fatih“ vor die Westküste Zyperns entsandte. Etwa 36,6 Seemeilen von Paphos entfernt begann „Fatih“ mit Explorationsbohrungen innerhalb eines Gebietes, das die Republik Zypern als Teil der eigenen Exklusiven Wirtschaftszone betrachtet.

Am 18. Juni forderte der Rat für allgemeine Angelegenheiten der EU den Europäischen Rat und den Europäischen Auswärtigen Dienst

(EEAS) auf, „unverzüglich Optionen für angemessene Maßnahmen“ gegen die Türkei vorzulegen. Das Land weigere sich, sich an internationales Recht zu halten und ignoriere die Anforderungen der Europäischen Union zur Zurückhaltung hinsichtlich türkischer Explorationsbohrungen. Am 21. Juni erklärte der Europäische Rat, dass die Europäische Union den Vorschlag von Präsident Anastasiades, die illegalen Bohrungen durch die Türkei durch konkrete Maßnahmen zu beantworten, angenommen habe. Die Entscheidung des Rates bezieht sich nur auf die Zustimmung, dass die Notwendigkeit besteht, Maßnahmen gegen die Türkei zu ergreifen. Im Endeffekt wird damit jedoch das Verfahren zur Vorlage möglicher Option eingeleitet. Welche konkreten Konsequenzen oder gezielten Maßnahmen die EU ergreifen wird, bleibt abzuwarten.

Laut Regierungssprecher Prodromos Prodromou bat Anastasiades in einem Brief den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, um Unterstützung bei der Wiederherstellung der Bedingungen, die zu einer Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen führen könnten. Anastasiades informierte Guterres auch über die jüngsten Entwicklungen in der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ).

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 22. Juni stufte die Rating-Agentur Fitch die 'langfristigen vorrangigen ungarantierten Verbindlichkeiten' der Bank of Cyprus von B- auf CCC sowie die Einbringungsquote von RR4 auf RR6 herab. Die Herabstufung spiegelt die Auffassung von Fitch wider, dass die Aussichten auf eine Bedienung der Kredite durch die größten ungesicherter Schuldner derzeit schlecht sind. Die Ratings der anderen Bereiche bleiben davon unberührt.

Im Mai 2019 kamen 434.578 Touristen in den Südtteil der Insel. Im Mai des Vorjahres waren es 3,5% mehr gewesen (450 495). Die Zahl der Besucher aus dem Vereinigten Königreich sank um 2,6%, die der Gäste aus Russland um 5,4%. Im Vergleich zum Mai 2018 ist die Zahl der Touristen aus Schweden (7,8%) und Israel (9,6%) angestiegen.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 21. Juni verstarb der ehemalige Präsident Dimitris Christofias im Alter von 72 Jahren. Der 1946 in Kato Dikomo, Kyrenia, geborene Christofias war der sechste Präsident der Republik Zypern (2008 – 2013). Er wurde während seiner zweiten Amtszeit als Parlamentspräsident (seit 2001) zum Präsidenten gewählt. Zwischen 1988 und 2009 war er Generalsekretär der AKEL (Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes). 2013 stellte er sich 2013 nicht zur Wiederwahl nachdem Zypern unter seiner Prä-

sidentschaft von einer Finanzkrise erschüttert wurde, die ein internationales Rettungspaket erforderte. In seine Amtszeit fiel auch die Munitionsexplosion auf einer Marinebasis bei Mari. Bei der Munition hatte es sich um beschlagnahmtes iranisches Frachtgut gehandelt, das für Syrien bestimmt gewesen war. Es wurde auf der Insel zwischengelagert. Bei dieser schlimmsten Katastrophe Zyperns in Friedenszeiten kamen 13 Menschen ums Leben. Christofias nahm in der Zypernfrage Verhandlungen mit dem damaligen türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mehmet Ali Talat auf. 2008 wurde die Übergangsstelle in der Ledra Street geöffnet. Es erfolgte die Einrichtung bi-kommunaler Fachausschüsse, von denen eine Handvoll sehr erfolgreich zusammenarbeitete. Christofias und Talas ebneten den Weg für viele Konvergenzen, die von Anastasiades und Akinci erreicht wurden.

Am 19. Juni wurde der Jurist Andreas Pasiourtides, 35, zum neuen AKEL-Abgeordneten für den Distrikt Larnacka erklärt. Er ersetzt Giorgos Georgiou, der im Mai zum Mitglied des Europaparlaments gewählt worden war.

Außenpolitik

Am 27. Juni hob der US-Senat das Jahrzehnte alte Waffenembargo gegen Zypern auf. Die Aufhebung der Handelssperre für Kriegsgerät und militärische Dienstleistungen gilt ausschließlich für die Republik Zypern. Am 25. Juni waren zwei Ergänzungen zur Distanzierung Zyperns von militärischer und wirtschaftlicher Einflussnahme durch Russland in den Gesetzentwurf mit aufgenommen worden. Die Ergän-

zung wurde bei der Verabschiedung des parteiübergreifenden Gesetzentwurfs durch das Komitee für Auswärtige Angelegenheiten des Senats eingefügt. Verfasser des Gesetzentwurfes waren das demokratische Senatsmitglied Bob Mendenez und der republikanische Senator Marco Rubio. In dem Zusatz wird gefordert, dass der Präsident der Vereinigten Staaten dem entsprechenden Kongressausschuss mindestens jährlich bestätigt, dass „... die Regierung der Republik Zypern die notwendigen Schritte unternommen hat und weiterhin unternimmt, russischen Militärschiffen den Zugang zu ihren Häfen zur Betankung und Versorgung zu verweigern“. Die zweite Ergänzung fordert, dass der Präsident bestätigt, dass Zypern „... mit den Vereinigten Staaten weiterhin kooperiert, was die Umsetzung von Reformen hinsichtlich der Vorschriften zur Geldwäschereibekämpfung und was die Regulierungsaufsicht im Finanzsektor betrifft“. Die Gesetzesergänzung wurde von Präsident Anastasiades als „unglücklich“ bezeichnet.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der Vorstand der Elektrizitätsbehörde Zyperns EAC und die Arbeitnehmergewerkschaften – der Zypriotische Arbeitnehmerverband SEK, der Panzypriotische Gewerkschaftsbund PEO, die Panzypriotische Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes PASYDY und der Demokratische Gewerkschaftsverband Zyperns DEOK - vereinbarten eine intensive Zusammenarbeit. Dissens zwischen den Gewerkschaften, der EAC und dem Leitungsgremium besteht in zwei Punkten: 1) Die Gewerkschaften fordern

ein Ende der Gehaltskürzungen und verweisen auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts vom 29. März, nach der eine Kürzung der Gehälter von Beamten des öffentlichen Dienstes verfassungswidrig ist. 2) Die Gewerkschaften fordern die Aufrechterhaltung des Gesundheitsvorsorgefonds (Health Care Fund). Dort beträgt der Arbeitgeberanteil 5,9% der Mitarbeitergehälter, sowie die Zahlung des Arbeitgeberbeitrags von 1,85% an das neu eingeführte Allgemeine Gesundheitssystem (GESY). Die Vorstandsvorsitzende der EAC, Emily Yioliti, erklärte: *„Wir möchten ein gutes Klima aufrechterhalten, allerdings muss das positive Klima eines Dialogs in beide Richtungen verlaufen, und es ist schwierig, dieses vor Gericht zu verbessern. Deshalb rufe ich sie [die Gewerkschaften] auf, die Klagen gegen uns zurückzuziehen“*. Nach dieser Stellungnahme schaltete sich der Präsident der Republik Zypern, Nikos Anastasiades, ein. Er hatte sich am 31. Mai mit den Gewerkschaften getroffen, um einen Dialog bezüglich der ausstehenden Forderungen zwischen der Elektrizitätsbehörde und den Gewerkschaften anzustoßen. Die Forderungen von Yiolitis wurden daraufhin zurückgezogen. Darüber hinaus empfahl Anastasiades der Leitung der EAC, den Dialog, den er mit den Vorsitzenden der großen Gewerkschaften begonnen habe, in vier Schwerpunktbereichen weiterzuführen. In einem sozialen Dialog am 12. Juni 2019, den die Elektrizitätsbehörde organisierte, wurden folgende vier inhaltliche Säulen behandelt: 1) ein strategischer Plan zur Zukunftsfähigkeit der EAC, 2) die Beibehaltung des über Jahrzehnte gültigen zusätzlichen Gesundheitsplans, der die Gesamtbelegschaft der Elektrizitätsbehörde

umfasst, 3) die Besetzung von Dutzenden von Planstellen in höheren Positionen, von denen die meisten seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2013 vakant waren, sowie die Durchsetzung von Urteilen des Verwaltungsgerichts in Bezug auf Gehaltskürzungen und Sozialleistungen im öffentlichen und erweiterten öffentlichen Sektor, 4) Entscheidungen bezüglich weiterer Kernfragen mit dem Ziel, für diese innerhalb von zwei Monaten eine Lösung zu finden. Beide Seiten einigten sich zudem darauf, Gerichtsurteile in Konfliktfragen zu respektieren. Zudem werde man Beschlüsse des Obersten Verwaltungsgerichts nicht mehr als Grund für weitere Auseinandersetzungen benutzen. Zusätzlich wurde vereinbart, dass während der laufenden Verhandlungen keine öffentlichen Stellungnahmen abgegeben würden. Abschließend einigten sich alle bezüglich der umstrittenen Frage, welche Verfahren bei Streiks in Einrichtungen, die für die Wirtschaft unentbehrlich seien, anzuwenden wären. Alle offenen Fragen sollten in Verhandlungen zwischen Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften behandelt werden würde.

Die Kluft zwischen Banken und der Gewerkschaft der zyprischen Bankangestellten (ETYK) bezüglich der Bedingungen zur Erneuerung der Tarifverträge im Finanzsektor ist groß. Mit Ausnahme des Tarifvertrags der Bank of Cyprus, dessen Verlängerung seit Dezember 2017 anhängig ist, waren alle anderen Verträge am 31. Dezember 2018 ausgelaufen. Sechs Monate nach Vertragsende sind die Tarifparteien noch immer nicht in substantielle Verhandlungen eingetreten. Das Klima der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen wurde nach Drohungen der Gewerkschaft während der letzten Jah-

restagung der ETYK noch angespannter. Auf dieser hatte der Ehrenvorsitzende, Loizos Hadjicostis, die Banken vor „kämpferischen Reaktionen“ wie Streikmaßnahmen gewarnt. Er beschrieb die Forderungen der Arbeitgeber – die Abschaffung der jährlichen Gehaltserhöhungen und des Beurteilungssystems für Beamte - als inakzeptabel. ETYK verlangt eine Modernisierung des Beurteilungssystems, eine Aktualisierung der Beförderungskriterien sowie Gehaltserhöhungen. Die Arbeitsministerin Zeta Emilianidou hatte die Tarifvertragsverhandlungen in die eigenen Hände genommen. Seit Jahresbeginn hatte es eine Reihe von Sondierungsgesprächen mit Gewerkschaftsvorsitzenden der ETYK und mit mehreren Spitzenführungskräften der Banken gegeben. Bislang sieht es jedoch nicht nach einem positiven Abschluss der Verhandlungen aus. ETYK fordert auch eine Rücknahme der Gehaltskürzungen, die dem Bankensektor seit 2012 auferlegt worden waren. Bei den beiden Großbanken, namentlich der Bank of Cyprus und der Hellenic Bank, wurde laut der Gewerkschaft Gehaltseinbußen von 15% ermittelt. Die Kürzungen bei den anderen Banken lagen zwischen 10% und 12%. ETYK fordert außerdem Lohnerhöhungen für Geringverdiener, eine Vertretung im Vorstand, die Zahlung eines jährlichen Inflationsausgleichs und Zuschlagszahlungen. Die Reaktion der Banken auf die gewerkschaftlichen Forderungen erfolgte durch die Großaktionäre derselben, die sich ihrerseits bereit erklärten, für eine Senkung der Lohnkosten zu kämpfen. Die Arbeitgeberseite behauptet, dass 75% jedes von von einer Bank verdienten Euros für Lohnkosten ausgegeben werde. Nach Auffassung der Ban-

ken wäre man, um die Forderungen der Gewerkschaft irgendwie zu befriedigen, dazu verpflichtet, mehr als 5% der Gesamtlohnsumme zusätzlich zu zahlen.

Am 11. Juni wurden die panzyprischen Tarifvereinbarungen unterzeichnet. Die Verträge regeln die betriebsrechtlichen Bedingungen der Mitarbeiter und Angestellten der Städte und Gemeinden im Zeitraum 1. Januar 2017 – 31. Dezember 2018. In einer schriftlichen Stellungnahme des Gemeindebundes heißt es: „Die panzyprischen Tarifvereinbarungen (P.C.A) sind die zweiten, die unterzeichnet wurden, und folgen den Verträgen von 2015-2016 (rückwirkend unterzeichnet am 5.12.2017)“. Mit den neuen panzyprischen Tarifvereinbarungen werde „ein wichtiges gemeinsames Ziel der Stadt- und Kommunalverwaltungen und der Gewerkschaften unterstützt, nämlich, die Unterschiede bezüglich der Sozialleistungen für Angestellte in den einzelnen Städten und Gemeinden zu begrenzen“.

Die Verhandlungen zur Verlängerung der Tarifvereinbarungen in der Hotelbranche endeten in einer Sackgasse. Das Arbeitsministerium hat die Vermittlerrolle im Tarifstreit übernommen. Auf einer informellen Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften SEK (Zypriotischer Arbeitnehmerverband) und PEO (Panzyprischer Gewerkschaftsbund), sowie Führungskräften des Unternehmerverbandes der zyprischen Hoteliers (PASYXE) und des zyprischen Fremdenverkehrsverbands ACTE erwähnte die Arbeitsministerin, dass die Bedingungen für eine friedliche Verlängerung des Tarifvertrags erfüllt sein sollten. Sie warnte vor den

negativen Auswirkungen auf die Hotelbranche im Fall einer Konfrontation der beiden Parteien, insbesondere während der Hochsaison. Die Gewerkschaften fordern unter anderem eine Lohnerhöhung von 4% und eine zweijährige Vertragslaufzeit. Man erwarte, dass Gehälter und Sozialleistungen auf das Niveau der Tarifvereinbarungen vom 31. Dezember 2012 angehoben würden, also auf den Stand vor der Krise im März 2013. Die Hotelbesitzer ihrerseits würden einen Teil der von den Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhungen in begrenztem Umfang akzeptieren, aber nicht die weitgehenden Forderungen. Zusätzlich zu Lohnerhöhungen fordern die Hotelangestellten eine Verbesserung der Urlaubsregelungen. Urlaub soll grundsätzlich bis 31. März des jeweiligen Jahres gewährt werden oder alternativ eine Abgeltung in bar bis 31. Mai erfolgen, es sei denn, es gäbe Sonderregelungen in Abstimmung mit den Gewerkschaften. Was die Vorsorgeunterstützung betrifft, fordern die Gewerkschaften eine Beitragszahlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einen Hotelwohlfahrtsfond. Voraussetzung ist eine Beschäftigung von sechs Monaten. Die Beitragszahlungen werden auf Grundlage des Grundgehalts und des Preisindex kalkuliert. Während der Osterzeit ist eine Bonuszahlung in Höhe von 30% des Monatsgehalts vorgesehen. In einer gemeinsamen Sitzung beschlossen die Angestellten der Gewerkschaften SEK und PEO den Start einer Informationskampagne. In dieser würden Hotelangestellten auf „dynamische“ Antworten vorbereitet werden, falls die Verhandlungen unter Mediation des Arbeitsministeriums ergebnislos verlaufen sollten.

In den neuen Tarifvereinbarungen für die Hafenarbeiter in Limassol sind Lohnerhöhungen und andere Sozialleistungen in Höhe von insgesamt 7% vorgesehen. Die Verhandlungsdauer bis zur Einigung zwischen den beiden ausländischen Privatinvestoren, die den Hafen betreiben (DP World Limassol und Eurogate Container Terminal), der Vereinigung der Schiffsmakler und den Gewerkschaften SEK und PEO hatte 18 Monate gedauert. Beide Seiten stimmten einem Schlichtungsvorschlag von Arbeitsministerin Zeta Emilianidou zu. Der Tarifvertrag war am 31. Dezember 2017 ausgelaufen. Die neuen Tarifvereinbarungen sind für drei Jahre gültig und enden am 31. Dezember 2020.

Am 27. Juni traten die Taxifahrer in einen 4-stündigen Streik, um gegen unzählige ungelöste Probleme zu protestieren. Laut einer Mitteilung des Panzyprischen Taxi-Koordinations-Ausschusses ist der aktuellste, wichtigste Punkt *„die Aussage und die Position des neuen Präsidenten der Zulassungsstelle für Taxilizenzen, dass diese Lizenzen nicht verkauft werden sollten respektive dass sie entsprechend dem Kaufpreis besteuert werden sollten“*. Es sei unbegreiflich, dass der Kapitaleinsatz in ihr Gewerbe gleichzeitig auch noch besteuert werde. Weitere Probleme seien *„Piraterie und Sozialversicherungskosten“*.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Daten der türkisch-zypriotischen Zentralbank zufolge stiegen im ersten Quartal 2019 die Gesamtaktiva um 7,5% auf 35,5 Milliarden türkische Lira (5,5 Millionen Euro). Der Anteil der notleidenden Kredite nahm, verglichen mit dem ersten Quartal 2018, um 17,2% zu und betrug 1,06 Milliarden türkische Lira. Der Staatshaushalt wies in den ersten drei Monaten ein Staatsdefizit von 20 Millionen türkische Lira auf.

Die Staatliche Planungsorganisation teilte mit, dass die Inflationsrate im März bei 1,27% lag. Die Jahresinflationsrate betrug 24,69%.

Beziehungen mit der Türkei

Premierminister Ersin Tatar und sein Stellvertreter Kudret Özersay trafen sich in Istanbul mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, Vize-Präsident Fuat Oktay und Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. Der Besuch fand einen Tag, nachdem der neuen Regierung von den Abgeordneten das Vertrauen ausgesprochen worden war, statt. Vor dem Treffen erklärte Özersay, dass man sich in den Gesprächen auf Wirtschafts- und Finanzthemen fokussieren werde. Desweiteren werde man die neuesten Entwicklungen in der Zypernfrage und im östlichen Mittelmeer erörtern. Im Anschluss an die Zusammenkunft berichtete Özersay, man habe den Schwerpunkt auf die Wiederherstellung des Geldflusses aus Ankara gelegt. Die Finanzströme waren nach Ablauf des

letzten Wirtschaftsprotokolls von Ankara gestoppt worden. Die Unterzeichnung eines neuen Protokolls war gescheitert, da für die Auszahlung der Geldmittel kein gesetzlicher Rechtsrahmen vorlag.

An der jährlichen Katastrophenschutzübung (Such- und Rettungsübung) nahmen Teams aus der Türkei und der TRNZ teil.

Dursun Oğuz, Minister für Landwirtschaft und natürliche Ressourcen traf sich mit dem türkischen Minister für Land- und Forstwirtschaft, Bekir Pakdemirli in Ankara. Oğuz hatte dort am Internationalen Tag zur Bekämpfung der Wüstenbildung teilgenommen.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 1. Juni wurde der neuen Koalitionsregierung das Vertrauen ausgesprochen. 41 von 50 Abgeordneten Namen an der Abstimmung teil, 28 sprachen der Regierung das Vertrauen aus, 13 stimmten dagegen. Die Nationale Einheitspartei UBP und die Volkspartei bilden die 41. türkisch-zypriotische Regierung.

Premierminister Tatar gab bekannt, dass das Protokoll über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit der Türkei für das Jahr 2019 im Juli unterzeichnet werde. Die Unterzeichnung des Protokolls für die Jahre 2020-2022 folge spätestens im Oktober noch vor Beginn der Haushaltsdebatte. Tatar erklärte hinsichtlich des Einklangs in der UBP-HP-Regierung: „*In dieser Regierung herrscht Übereinstimmung, was Weltanschauung und Positionen betrifft*“, man sei bezüglich des Zypern-

problems, in Wirtschaftsfragen und was die Beziehungen zur Türkei betrafe gleicher Meinung.

Die Abgeordneten stimmten für die Bildung eines parlamentarischen Ad-hoc-Ausschusses, der sich mit der möglichen Aufhebung der Immunität des früheren Premierministers Hüseyin Özgürgün beschäftigen soll. Die Generalstaatsanwaltschaft hat bislang drei Anklageschriften gegen Özgürgün verfasst, die sich auf seine Eigentumsverhältnisse beziehen, zusätzlich zu zwei weiteren Anklagen in Verbindung mit Özgürgüns Vermögenserklärungen. Der Ausschuss, der die Beweismittel begutachten und Özgürgün um eine Stellungnahme bitten wird, muss innerhalb von 45 Tagen seine Arbeit beenden und dem Parlament die Beweise vorlegen. Die Mitglieder des Ausschusses - Yasemin Öztürk, Oğuzhan Hasipoğlu und Hamza Ersan Saner von der regierenden UBP (Nationale Einheitspartei), Mesut Genç und Gülşah Sanver Manavoğlu vom Junior-Koalitionspartner HP (Volkspartei) sowie Salahi Şahinler und Fazilet Özdenefe von der oppositionellen CTP (Republikanisch-Türkische Partei) – werden ihre Arbeit in der parlamentarischen Sommerpause aufnehmen. Inzwischen erklärten Unterstützer des früheren Premierministers, dass dies „Krieg“ gegen den Vorsitzenden der Volkspartei HP, Özersay, bedeute. Die Unterstützer Özgürgüns machen Özersay für dessen Strafverfolgung verantwortlich. Zudem erklärten sie, dass nun innerhalb der UBP die Samthandschuhe abgelegt würden, nachdem Tatar, der im Vorjahr die Wahl zum Parteivorsitzenden gegen

Özgürgüns gewonnen hatte, der Schaffung des Ad-hoc-Ausschusses zugestimmt habe.

Die Parteiversammlung der wichtigsten Oppositionspartei CTP terminierte den ordentlichen Parteitag auf den 6. Oktober. Ursprünglich sollte er erst im November stattfinden. Auf dem Parteitag werden der Vorsitzende und die Abgeordneten gewählt.

Der Parteitag der UBP (Nationale Einheitspartei) wählte einen neuen Generalsekretär. Hasan Taçoş war ausgeschieden, da er das Amt des Wirtschaftsministers übernommen hatte. Zwei Kandidaten stellten sich zur Wahl: Hamza Ersan Saner (Abgeordneter aus Famagusta) und Kutlu Evren (Abgeordneter aus Kyrenia). Saner wurde mit 76 Stimmen zum neuen Generalsekretär gewählt, Evren erhielt 35 Stimmen.

Der Bericht zum Menschenhandel des US- Außenministeriums konstatiert: *„Das Gebiet, das unter der Verwaltung der türkischen Zyprioten steht, ist nach wie vor eine Zone der Straffreiheit für Menschenhandel. Die türkisch-zypriotische Regierung erfüllt nicht einmal die Minimalstandards zur Bekämpfung des Menschenhandels und unternimmt nur unzureichende Anstrengungen, diese Standards zu erreichen. Die türkischen Zyprioten führen keine Statistiken über die Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Menschenhändler.“*

Außenpolitik

Die Regierung hat beschlossen, Syrien in die Liste der Länder, für die eine Visumpflicht für

die Einreise in die TRNZ besteht, aufzunehmen. Dieser Schritt erfolgte nach dem jüngsten Anstieg der Einreisen syrischer Staatsbürger in den Nordteil der Insel mit dem Ziel, in den Süden zu gelangen. Laut der Stellungnahme des Außenministeriums könne das provisorische Unterkunftsgelände am Flughafen Ercan (Tymbou) den Zustrom syrischer Flüchtlinge und Migranten nicht mehr bewältigen. Dies führe zu unhygienischen Verhältnissen. Die TRNZ gehöre zu den Ländern, die die Auswirkungen des kriegsgebeutelten Landes besonders zu spüren bekämen. Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) und das Außenministerium der TRNZ stünden in intensivem Dialog und arbeiteten eng zusammen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Juli

--- keine Veranstaltung ---



August

--- keine Veranstaltung ---

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Enis Porat, Gianna Chatzgeorgiou
und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Gaby Hamann

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, füllen Sie bitte das Formular auf unserer Webseite aus: www.fescyprus.org/de/newsletter/

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte auf den Link in Ihrer FES Newslettermail.